

Frankreich steckt
in einer Identitätskrise

Die verunsicherte Nation

Ansbert Baumann

Was ist bloß mit den Franzosen los? Manch einer in Deutschland reibt sich angesichts der Geschehnisse in unserem Nachbarland verwundert die Augen. Ohne jeden Zweifel waren die letzten zwölf Monate für die französische Gesellschaft außerordentlich ereignisreich und auch schwierig: Die klare Absage, welche die Franzosen beim Referendum vom 29. Mai dem EU-Verfassungsvertrag erteilten, war ein politischer Paukenschlag, dessen längerfristige Folgen bis heute noch nicht absehbar sind. Die Regierungsumbildung, mit der Staatspräsident Chirac auf das Ergebnis reagierte, wirkte eher hilflos. Seither stürzt die französische Politik von einem Problem ins nächste und reagiert in einer Art und Weise, die einen Hinweis darauf gibt, dass sich Frankreich tatsächlich nicht nur in einer politischen Krise befindet, sondern dass die Unruhen des letzten Jahres vielmehr Ausdruck einer tief sitzenden Verunsicherung sind, deren wahres Ausmaß in Deutschland noch nicht in vollem Umfang erkannt zu werden scheint.

Zunächst wurde das Ergebnis des Referendums über den EU-Verfassungsvertrag von nicht wenigen deutschen Beobachtern mit einer gewissen Genugtuung oder gar Erleichterung zur Kenntnis genommen, da auch hier zu Lande dem Verfassungswerk mit einigem Misstrauen begegnet wurde. In vielen Kommentaren wurde dann allerdings etwas vorschnell darauf verwiesen, dass das französische Resultat vor allem auf innenpolitische Gründe zurückzuführen sei. In der Tat

wollten ohne jeden Zweifel viele Franzosen, die bei der Volksabstimmung mit Nein votierten, damit die unbeliebte Regierung und Staatspräsident Chirac treffen. Daneben aber gab es durchaus auch andere, differenziertere Gründe, die den Verfassungsgegnern letztlich eine Mehrheit bescherten: Insbesondere wurden die angesichts der sozialen und ökonomischen Krise Frankreichs in weiten Kreisen der Bevölkerung vorhandenen Ängste vor einem ungezügelter Liberalismus und vor einer wirtschaftlichen, finanziellen und demografischen Globalisierung auf die EU projiziert; damit wurde dieser eine Mitverantwortung für das zentrale wirtschaftliche Problem vieler Mitgliedstaaten, nämlich die Massenarbeitslosigkeit, zugeschoben. Vor diesem Hintergrund waren die Diskussionen über die vollzogene Osterweiterung und über mögliche weitere Erweiterungsschritte Wasser auf die Mühlen der EU-Kritiker.

Ein weiteres Argument der Verfassungsgegner, das gerade auch bei intellektuellen Gehör fand, war der Vorwurf, der Verfassungsvertrag gefährde in einer längerfristigen Perspektive nicht nur Frankreichs Sozialsystem, sondern auch die demokratische Grundordnung, da er gegen maßgebliche Grundsätze des Verfassungsrechtes verstoße; so seien beispielsweise weder die klare Lesbarkeit des Textes gewährleistet, der zu lang und in seinen verschiedenen sprachlichen Fassungen unterschiedlich auslegbar sei, noch die für eine Verfassung charakteristische Möglichkeit vorgesehen, später

Änderungen und Anpassungen vornehmen zu können.

Die Komplexität der Debatte im Vorfeld des Referendums wurde in Deutschland leider kaum zur Kenntnis genommen; allerdings trifft gerade ein Argument wie das zuletzt genannte hier zu Lande ohnehin meist auf wenig Verständnis. Die deutsche Öffentlichkeit neigt wohl aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen des zwanzigsten Jahrhunderts tendenziell eher dazu, die Demokratie von innen heraus als gefährdet anzusehen, weshalb beispielsweise manchem so genannten Neonazi eine öffentliche Aufmerksamkeit zuteil wird, die dieser mit Sicherheit nicht verdient. Einer solchen von ständiger Selbstvergewisserung geprägten Sichtweise ist die Idee, dass die demokratische Grundordnung durch von außen auf sie einwirkende Faktoren bedroht sein könnte, eher fremd.

Integratives republikanisches Ideal

Aus ähnlichen Gründen stieß auch die Verknüpfung der Neoliberalismus-Kritik mit dem traditionellen republikanischen Modell Frankreichs, die von nicht wenigen französischen Europa-Skeptikern gesehen wurde, in Deutschland auf wenig Verständnis. Die republikanische Tradition Frankreichs äußert sich beispielsweise im Sozialmodell des Vorsorgestaates (*état-providence*), aber auch in einem Integrationsmodell, mit welchem die französische Politik seit über hundert Jahren auf die Einwanderung aus nichteuropäischen Ländern reagiert: Die Staatsbürgerschaft wird nach diesem Verständnis rein politisch-voluntaristisch zuerkannt; die Einwanderer sollen also möglichst rasch in Frankreich integriert und sowohl sprachlich als auch kulturell assimiliert werden.

Als sich das republikanische Integrationsmodell gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts etablierte, lagen ihm sowohl ein zivilisatorisches Sendungsbe-

wusstsein als auch handfeste politische und ökonomische Überlegungen zu Grunde, da Frankreich angesichts einer negativen demografischen Entwicklung auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen war. Die Frage, ob ein solches Modell der gesellschaftlichen Integration auch heute noch zeitgemäß sei, wurde bereits seit mehreren Jahren von französischen Soziologen und Publizisten kontrovers diskutiert; Ende Oktober letzten Jahres wurde jedoch in den Straßen der französischen Vorstädte eine deutliche Antwort auf den intellektuellen Dialog gegeben: Mit den Autos verbrannten auch die letzten Hoffnungen auf die Beständigkeit des integrativen republikanischen Ideals.

Nicht nur die Öffentlichkeit reagierte aufgeschreckt, sondern auch die französischen Politiker, die in ihren Reaktionen auf die landesweiten Jugendkrawalle allerdings auch ausgesprochen unsicher agierten: So sprach Nicolas Sarkozy, als er die randalierenden Jugendlichen als Gesindel (*racaille*) bezeichnete, diesen indirekt das Recht ab, vollwertige Franzosen zu sein. Damit verstieß ausgerechnet der französische Innenminister gegen die Grundprinzipien des republikanischen Modells und gab den rebellierenden Einwandererkindern zudem eine Art Bestätigung dafür, tatsächlich Bürger zweiter Klasse zu sein.

Jacques Chirac versuchte zwar kurz darauf, die Wogen zu glätten, indem er die Jugendlichen als „Söhne und Töchter der Republik“ bezeichnete; aber letztlich konnten auch die Beschwichtigungsversuche des Präsidenten nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine wachsende Zahl von Jugendlichen aus Immigrantenfamilien formal zwar die französische Staatsbürgerschaft besitzt, sich aber nicht als wirklich akzeptierter, integraler Bestandteil der französischen Republik fühlt. Die Kinder der überwiegend aus Nordafrika stammenden Immigranten der zweiten und dritten Generation sehen sich viel

eher wie ihre Vorfahren als Opfer des französischen Kolonialismus; dieser sei nun lediglich ins französische Mutterland importiert worden.

Tatsächlich wurde Frankreichs koloniale Vergangenheit in der öffentlichen Diskussion über Jahrzehnte weg nur sehr wenig und vor allem recht einseitig thematisiert: Immerhin war Jacques Chirac der erste Staatspräsident, der sich Mitte der neunziger Jahre auch zu den dunklen Kapiteln der französischen Kolonialgeschichte äußerte und beispielsweise den bis dahin von offizieller Seite verharmlosend *les événements d'Algérie* genannten Algerienkrieg als *guerre* bezeichnete. Seither haben Historiker wie Benjamin Stora vieles zur Aufdeckung der verdrängten Kapitel dieses Krieges beigetragen; ein Übriges tat der Prozess gegen Maurice Papon im Jahre 1997, durch den die Geschehnisse vom 17. Oktober 1961 in Paris, an denen Papon als Polizeipräfekt beteiligt war, ins Bewusstsein der französischen Öffentlichkeit geführt wurden: An jenen lange Zeit totgeschwiegenen Abend, als friedlich demonstrierende Algerier von der Pariser Polizei zusammengeschlagen und in die Seine geworfen wurden, wobei viele von ihnen zu Tode kamen, erinnert nun immerhin eine Gedenktafel, die zum vierzigsten Jahrestag am *Pont Saint-Michel* angebracht wurde.

Koloniale Vergangenheit

Nichtsdestotrotz tut man sich von offizieller Seite aus nach wie vor schwer mit einer unvoreingenommenen Aufarbeitung von Frankreichs kolonialer Vergangenheit. Dies zeigte sich überdeutlich, als die französische Nationalversammlung am 23. Februar 2005 ein Gesetz verabschiedete, welches vorsieht, dass in den Lehrplänen der französischen Bildungseinrichtungen „die positive Rolle der französischen Präsenz in Übersee, vor allem in Nordafrika“, herausgestellt werden sollte! Dieser irritierende Parlaments-

beschluss brachte eine Debatte über die Rolle Frankreichs als Kolonialmacht in Gang und provozierte in vielen Kreisen der Bevölkerung, insbesondere bei Geschichtslehrern und Historikern, heftigen Widerstand. Vor dem Hintergrund der Jugendkrawalle stellten dann Ende November die sozialistischen Parlamentarier den Antrag, besagten Artikel 4 des Gesetzes ersatzlos zu streichen, da er einen „historischen Anachronismus“ darstelle und daher eher zur Verschärfung der offen zu Tage tretenden Probleme der Integrationspolitik beitrage. Dennoch bestätigte die Nationalversammlung am 29. November das Gesetz, wobei der Abgeordnete Jean-Claude Guibal von der Regierungspartei UMP betonte, dass es für eine erfolgreiche Integration der jungen Immigranten wichtig sei, ihnen nicht bloß eine Arbeit und eine Wohnung zu besorgen, sondern in ihnen auch den Stolz zu wecken, Franzosen zu sein.

Mit der Bestätigung des Gesetzes erwies sich das Parlament jedoch einen Bärendienst, da die öffentliche Diskussion um Frankreichs Rolle als Kolonialmacht damit erst voll entfacht wurde. Angesichts der mit zunehmender Polemik geführten Debatte stellte selbst der Premierminister Dominique de Villepin fest, es sei nicht die Aufgabe der Politiker und des Parlamentes, die Rolle von Historikern zu übernehmen; allerdings sprach er sich trotzdem gegen eine Änderung des Gesetzes aus, da er, wie er sagte, stolz darauf sei, Franzose zu sein, und sich zur ganzen französischen Geschichte bekenne. Auch Staatspräsident Chirac meldete sich zu Wort und betonte ebenfalls, dass die Geschichtsschreibung nicht zu den Aufgaben der Politiker gehöre. Die Geschichte sei „der Schlüssel zum Zusammenhalt einer Nation“ und dürfe sie nicht spalten; deswegen kündigte er die Einsetzung einer pluralistischen Kommission an, die sich des Themas annehmen solle.

Die durch das Gesetz losgetretene Lawine konnte durch eine solche Ankündigung jedoch nicht mehr aufgehalten werden. Insbesondere in den überseeischen Departements sorgte das dort als „Gesetz der Schande“ bezeichnete legislative Konstrukt für Aufregung und Proteste: Anfang Dezember erklärte der 92-jährige Dichter Aimé Césaire, dass er den französischen Innenminister nicht empfangen wolle; außerdem wurden Massendemonstrationen angekündigt, so dass Nicolas Sarkozy sich letztendlich dazu entschließen musste, seine geplante Reise in die Karibik zu verschieben.

Unterdessen machte die kollektive Verunsicherung nicht einmal mehr vor den großen Gestalten der französischen Geschichte Halt: Pünktlich zum zweihundertsten Jahrestag der Dreikaiserschlacht von Austerlitz – am 2. Dezember 1805 besiegte Napoleon die Truppen des russischen Zaren und des deutschen Kaisers – veröffentlichte der Historiker und Philosoph Claude Ribbe, dessen Eltern aus Guadeloupe stammen, unter dem Titel *Le crime de Napoleon* eine schonungslose Abrechnung mit dem großen Feldherrn: In dem Buch wird die gewagte Behauptung aufgestellt, dass Napoleon mit der Wiedereinführung der Sklaverei und den damit verbundenen Massakern auf den Antillen-Inseln einen wesentlichen Beitrag zum Aufkommen des Rassismus und seiner pseudobiologischen Begründung im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts geleistet habe; außerdem habe er den Völkermord bewusst in sein politisches Kalkül mit einbezogen, weshalb er, so die provokante These, letztlich ein geistiger Vorreiter Adolf Hitlers sei.

Auch wenn die Überlegungen von Ribbe doch ziemlich bemüht wirken, haben sie ihre Wirkung nicht verfehlt: Das französische Verteidigungsministerium hatte am Abend des 2. Dezember eine große Festveranstaltung an der *Place Vendôme* zum Gedenken an die Schlacht von

Austerlitz organisiert. Kurzfristig sagten sowohl Staatspräsident Chirac als auch Premierminister de Villepin ihre Teilnahme ab, selbst die Verteidigungsministerin Alliot-Marie ließ sich entschuldigen. Auch eine geplante Ausstellung zur Dreikaiserschlacht wurde abgesagt. Stattdessen werden nun die Planungen für den Ausbau der *Cité nationale de l'histoire de l'immigration* intensiviert. Diese soll im April 2007 im *Palais de la Porte Dorée* in Paris eröffnet werden, das pikanterweise für die Kolonialausstellung 1931 errichtet wurde und seither neben einem tropischen Aquarium ein Museum zur Kunst und Kultur der Kolonialgebiete beherbergt.

Für jede Art von Süffisanz gegenüber dem verunsicherten Nachbarn, den man in Deutschland so gerne mit dem bemühten, in Frankreich absolut nicht gebräuchlichen Begriff der *grande nation* umschreibt, besteht indes kein Anlass: Auch Deutschland wurde beispielsweise 2004 anlässlich des hundertsten Jahrestages des Massakers an den Hereros schmerzvoll auf seine koloniale Vergangenheit gestoßen. Tatsächlich bilden die aus der Zeit des Kolonialismus herrührenden Probleme eine weltweite Herausforderung. Auch die Frage nach der Integration von Einwanderern aus anderen Kulturkreisen stellt sich nicht nur für die französische Gesellschaft. Deutsche und Franzosen tun deswegen gut daran, sich gemeinsam ihrer geschichtlichen Verantwortung zu stellen und den Anforderungen der Zukunft auf dieser Basis entgegenzutreten. Ob ein Projekt wie das im vergangenen Jahr in Angriff genommene deutsch-französische Geschichtsbuch für einen solchen Weg nützlich sein kann, bleibt abzuwarten. Mit Sicherheit sollte sich aber die deutsche Öffentlichkeit nicht unberührt von den Vorgängen in Frankreich zeigen – im gemeinsamen Haus Europa lässt sich ein Zimmerbrand nicht beliebig lange kontrollieren; wir sollten uns an den Löscharbeiten beteiligen.